

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Türk, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Walter Hirche, Ulrich Irmer, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Irmgard Schwaetzer und der Fraktion der F.D.P.

Aufbau Ost muss weitergehen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die neue rot-grüne Bundesregierung befindet sich in einer Krise. SPD und Grüne wissen schon nach elf Monaten Regieren nicht mehr, was sie eigentlich wollen. Zur Überwindung ihrer politischen Orientierungslosigkeit wird darum in beiden Regierungsparteien der Ruf nach einer Grundsatzdebatte laut. Die sich anhäufenden Probleme drängen nach einer Lösung, denn die von ihnen betroffenen Menschen können nicht warten.

Besonders prekär ist die Situation für die neuen Länder. Der Aufbau Ost ist in großen Teilen zum Erliegen gekommen. Der dafür eingesetzte Staatsminister im Kanzleramt Rolf Schwanitz hat keine Kompetenzen und führt ein Schattendasein. Wichtige Reformen zur Stärkung der ostdeutschen Wirtschaft besitzen nur Ankündigungscharakter. Bedeutende Infrastrukturmaßnahmen in den neuen Ländern, wie beispielsweise die ICE-Strecke Nürnberg–Erfurt, werden aus Spargründen eingestellt, die Subvention der westdeutschen Steinkohle dagegen auf hohem Niveau beibehalten.

Das Ziel, durch den Aufbau einer leistungsstarken Wirtschaft die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland zu erreichen, rückt in weite Ferne. Ein Indiz dafür ist, dass die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland eher größer als kleiner geworden ist und eine doppelt so hohe Rate wie in Westdeutschland erreicht. Zudem liegen die Löhne und Gehälter in den neuen Bundesländern bei 60 bis 85 Prozent des westdeutschen Niveaus, die Preise und Mieten jedoch auf gleicher Höhe oder darüber.

Die Orientierungslosigkeit der Bundesregierung wirft den Aufbau Ost um Jahre zurück. Damit größerer Schaden noch abgewendet werden kann, müssen die Reformen jetzt angepackt werden, damit der Aufbau Ost weitergehen kann.

Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf:

1. die Gesetze zu den „630-DM-Jobs“ und zur „Scheinselbständigkeit“ mit ihren fatalen Wirkungen, insbesondere auf die Arbeitsplatzsituation in Ostdeutschland, unverzüglich auszusetzen;

2. die Einkommensteuerreform, von der speziell die schlechter verdienenden Ostdeutschen profitieren, vorzuziehen und die Gewerbeertragssteuer abzuschaffen. Das sollte noch in dieser Legislaturperiode geschehen. Bei der Einkommensteuerreform sollte der von der F.D.P. vorgeschlagene Drei-Stufen-Tarif zum Tragen kommen:

Steuersatz Null für die Einkommensstufe bis ca. 13 000 DM,
15 % für die Einkommensstufe von über 13 000 bis 20 000 DM,
25 % für die Einkommensstufe von über 20 000 bis 60 000 DM,
35 % für die Einkommensstufe über 60 000 DM.

Diese Einkommensstufen gelten für Ledige. Für Verheiratete gelten jeweils die doppelten Beträge für die Einkommensstufen.

Die Gewerbeertragssteuer ist abzuschaffen, weil sie eine hohe Sondersteuer auf Unternehmen ist, die Arbeitsplätze schaffen und erhalten sollen. Sie belastet insbesondere die kapitalschwachen kleinen und mittleren Betriebe des Ostens, die wenig oder keine internationalen Gestaltungsspielräume bei der Steuer haben;

3. ihren bisherigen Investitionsschwerpunkt für die Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern beizubehalten und die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit zügig und in bisher geplantem Maße zu realisieren. Eingeleitete und geplante Infrastrukturmaßnahmen sind unabdingbare Voraussetzung für das wirtschaftliche Wachstum in den neuen Ländern. Nicht Investitionen dürfen gekürzt, sondern Dauersubventionen müssen gestrichen werden;
4. die versprochene Vereinfachung der Antragswege bei Förderprogrammen für Existenzgründer, Handwerk und Mittelstand endlich umzusetzen, um Investitionen in Gang zu setzen und zu beschleunigen. Dabei sollte der Schwerpunkt der Förderung auf Investitionszulagen gelegt werden;
5. die bewusste Zahlungsverzögerung (schlechte Zahlungsmoral) als billige Kreditbeschaffung, die für die kapitalschwachen ostdeutschen Betriebe existenzbedrohende Folgen hat, u. a. durch eine Erhöhung der gesetzlichen Verzugszinsen auf Höhe der Kontokorrentzinsen zu bekämpfen;
6. um die unter mangelnder Liquidität leidenden Unternehmen zu stärken, ist die Umsatzgrenze, ab der Unternehmen die Mehrwertsteuer schon bei Rechnungserstellung abführen müssen, von heute 1 Mio. DM für die Betriebe in den neuen Ländern auf mindestens 5 Mio. DM Jahresumsatz zu erhöhen. Die Mehrwertsteuer soll von Betrieben unter dieser Umsatzgrenze erst abgeführt werden müssen, wenn das Entgelt tatsächlich vereinnahmt ist;
7. durch Investivlohnmodelle müssen, insbesondere in Ostdeutschland, die Möglichkeiten breiter Vermögensbildung noch stärker als bisher verbessert und erweitert werden. Für Bürgerinnen und Bürger, die in der früheren DDR geringere Chancen für eine private Vermögensbildung hatten, muss als Nachteilsausgleich ein Bonus vorgesehen werden;
8. das Sonderwohngeldrecht Ost muss durch ein höheres gesamtdeutsches Wohngeld ersetzt werden. Zusätzlich müssen die vorhandenen Förderinstrumente effizienter eingesetzt werden, um den Strukturwandel der ostdeutschen Wohnungswirtschaft zu unterstützen, den Leerstand abzubauen und soziale Brennpunkte zu verhindern. Wir brauchen außerdem mehr Bürger, die in den eigenen vier Wänden wohnen;
9. für Arbeitsverhältnisse mit geringer Produktivität, bei denen der Lohn nicht zu einem ausreichenden Einkommen der Arbeitnehmer und ihren Familien reicht, verbesserte Mischformen zwischen Arbeitsentgelt und staatlichen

Transferleistungen („Kombi-Einkommen“, „Negativsteuer“) zum Einsatz kommen zu lassen.

Über eine geringere Anrechnung des Arbeitsentgeltes auf die Arbeitslosenhilfe bzw. die Sozialhilfe als bisher soll ein zusätzlicher Anreiz zur Aufnahme regulärer Arbeit geschaffen werden. Durch Zusammenfassung und Harmonisierung staatlicher Unterstützungsleistungen kann gleichzeitig ein Einstieg in das von der F.D.P. vorgeschlagene „Bürgergeldsystem“ erreicht werden. Für ein Gebiet mit extrem hoher Arbeitslosigkeit wie den Osten Deutschlands sind solche Maßnahmen besonders wichtig;

10. mehr Dynamik in den Investitionsprozess zu bringen und die Förderung von FuE zu stärken.

Die Innovationsförderung der neuen Bundesländer ist unzureichend. Das zeigt sich schon daran, dass nur 5 % der betrieblichen FuE heute in Ostdeutschland stattfindet. Die Zahl der Patentanmeldungen bleibt deutlich hinter Westdeutschland zurück (in den neuen Ländern 4 Patente/10 000 Einwohner; in Westdeutschland 13 Patente/10 000 Einwohner). Das führt dazu, dass die Innovationsdynamik in den neuen Ländern zu gering ist und damit die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft schwächt;

11. Markterschließung und Absatz auch weiterhin in geeigneter Form zu fördern, weil sie die entscheidenden Grundlagen für die Existenz von Unternehmen sind;
12. den strukturschwachen Regionen, zu denen u. a. die Gebiete an der EU-Außengrenze zählen, eine Entwicklungschance zu geben durch besondere Maßnahmen, zu denen auch eine Grenzlandförderung gehört;
13. im Rahmen einer erneuten Vermögensauseinandersetzung sicherzustellen, dass die für die Landwirtschaft nicht verfügbaren und nicht verwendbaren Wirtschaftsgüter aus der Bilanz herausgenommen werden. Um endlich eine Gleichbehandlung der ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe gegenüber anderen ostdeutschen Wirtschaftszweigen sicherzustellen, hat nicht nur eine Zwischenkontrolle zu erfolgen, sondern muss eine Korrektur falscher Bilanzwerte vorgenommen werden;
14. zweckgebunden wieder die kommunale Investitionspauschale aufzulegen, um den ostdeutschen Kommunen und dem Bauhandwerk wirksam zu helfen. Dabei ist sicherzustellen, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel direkt die Kommunen erreichen und nicht vorher von Ländern und Kreisen „abgeschöpft“ werden. Von der F.D.P. 1993 schon einmal initiiert, wurde seinerzeit notwendige und investitionsintensive Infrastruktur geschaffen.

Berlin, den 7. September 1999

Jürgen Türk
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke

Walter Hirche
Ulrich Irmer
Jürgen Koppelin
Dirk Niebel
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Irmgard Schwaetzer
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

